

Tarifverhandlungen im öffentlichen Personennahverkehr Brandenburg aufgenommen

Gewerkschaftsforderungen zeigen tiefe Kluft zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Joachimsthal. Heute wurden die Tarifverhandlungen zwischen dem Kommunalem Arbeitgeberverband Brandenburg (KAV) und der Gewerkschaft ver.di in ruhiger Umgebung in der Schorfheide aufgenommen. Doch es ist zu befürchten, dass unruhige Zeiten bevorstehen. Nachdem ver.di zunächst die Forderungen verklausuliert hatte, wurde nun der gesamte Umfang der Erwartungen offengelegt. Ver.di möchte einen Teil der Tarifverhandlungen auf Landesebene führen und einen anderen gewichtigen Teil auf die Bundesebene verlagern.

Auf Landesebene besteht eine Lohnforderung, die sich in Summe auf fast 10 % beläuft, daneben wurden mehr bezahlte Pausen gefordert.

Für von ver.di erhoffte Verhandlungen auf Bundesebene wurden daneben Forderungen zu sogenannten „Mantelregelungen“ (Arbeitszeit, Urlaub, 13. Gehalt usw.) avisiert, die für sich genommen noch einmal die Personalkosten - je nach Unternehmen - um bis zu 15 % erhöhen würden.

„Wie sich ver.di angesichts der wirtschaftlichen Situation der Brandenburger ÖPNV-Unternehmen in derartig fantastische Höhen steigern konnte, bleibt rätselhaft.“, konstatierte der Verhandlungsführer des KAV, **Frank Wruck**, Vorsitzender der Verhandlungskommission. „Etwas Augenmaß und Realismus hätten wir schon erwartet. Diese Forderungen provozieren regelrecht den Konflikt. Auch der Gewerkschaft sollte klar sein, dass die Mehrkosten letztlich vom Fahrgast oder dem Steuerzahler getragen werden müssen.“

„Insbesondere die zusätzlichen bezahlten Pausen würden dazu führen, dass viele Unternehmen in der Fläche nicht mehr wettbewerbsfähig sind.“, beschrieb **Klaus Klapproth**, Geschäftsführer des KAV das drohende Dilemma. „Im Ergebnis müssten die Betriebe durch großflächige Vergabe von Verkehrsleistungen an Subunternehmen oder Tariffucht gegensteuern. Beides kann von ver.di nicht gewollt sein.“

Die Arbeitgeber sind gerade jetzt daran interessiert, zügig zu einer Tarifeinigung zu kommen, die die engagierte Arbeit der Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr wertschätzt. Neben den dafür erforderlichen Kraftanstrengungen der Unternehmen muss sich auf der Gewerkschaftsseite jedoch der Realismus durchsetzen. Anderenfalls laufen die Verhandlungen ohne Not in einen Konflikt, der das durch die Pandemie beeinträchtigte Vertrauen in den ÖPNV weiter sinken lässt.

Die Fortsetzung der Tarifverhandlungen ist für den 27. August 2020 vereinbart.

Der Kommunale Arbeitgeberverband (KAV) Brandenburg ist der Arbeitgeberverband für die Kommunen und kommunalen Unternehmen im Land Brandenburg und regelt die Arbeitsbedingungen für die kommunalen Beschäftigten. Der KAV Brandenburg schließt selbst oder im Rahmen seiner Mitgliedschaft in der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) Tarifverträge. Mehr als 500 kommunale Arbeitgeber mit nahezu 80.000 Beschäftigten werden vom KAV Brandenburg vertreten.

Pressekontakt: Klaus-D. Klapproth, Telefon: (0331) 747180, E-Mail: klapproth@kav-brandenburg.de